

Diktatur in Afrika

Erdmann, Gero; Soest, Christian von

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Erdmann, G., & Soest, C. v. (2008). *Diktatur in Afrika* (GIGA Focus Afrika, 8). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274668>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Diktatur in Afrika

Gero Erdmann und Christian von Soest

Anfang August der Militärputsch in Mauretanien, die anhaltende Krise in Simbabwe und das Verhalten des Baschir-Regimes im sudanesischen Darfur – nur einige Beispiele, die nahe zu legen scheinen, dass autoritäre Regime in Afrika wieder an Boden gewinnen. Ist auf dem Kontinent eine Renaissance autoritärer Herrschaft zu erwarten – möglicherweise unterstützt durch China?

Analyse:

- Mit der „dritten Welle“ der Demokratisierung war bis Ende der 1990er Jahre ein deutlicher Rückgang autoritärer Regime zu verzeichnen, der allerdings seither keine Fortsetzung findet.
- Die Form der autoritären Herrschaft hat sich stark verändert: Herrschten bis Anfang der 1990er Jahre Militärdiktaturen und Einparteiregime vor, so ist heute in Afrika der Typ des „elektoralen Autoritarismus“ dominant, in dem beschränkte Wahlen zugelassen sind.
- Allgemein können – neben den üblichen Repressionsinstrumenten – grob drei Stützen dieser Regime identifiziert werden: Ressourcenreichtum, „Neopatrimonialismus“ und eingeschränkter Mehrparteienwettbewerb.
- Die neue Strategie des eingeschränkten Parteienwettbewerbs trägt möglicherweise den Keim für Instabilität und weitere Demokratisierungsprozesse in sich – falls der wirtschaftliche Erfolg autoritärer Systeme ausbleibt.
- Chinas gewachsene Präsenz auf dem Kontinent wird voraussichtlich weniger Einfluss auf die politische Herrschaft in Afrika haben als vielfach erwartet: China sucht nicht den Export seines „Modells“, während die liberalen afrikanischen Demokratien ihren Einfluss geltend machen.

Schlagwörter: Autoritäre Regime, Demokratisierung, Legitimation, Repression, elektoraler Autoritarismus, Neopatrimonialismus

1. Einleitung

Bis Ende der 1980er Jahre waren autoritäre Regime in Afrika die Regel – liberale Demokratien die große Ausnahme. Militärregime, despotische Alleinherrscher wie Idi Amin und Jean-Bédel Bokassa bestimmten neben Einheitsparteien das öffentliche Bild. Die Demokratisierungswelle seit Anfang der 1990er Jahre hat dies deutlich verändert. Die Zahl der liberalen Demokratien ist von zwei auf elf gewachsen.

Allerdings haben sich in den letzten Jahren die demokratisch legitimierten Regime kaum noch vermehrt. Zudem *scheint* – nicht zuletzt durch den gerne zitierten Einfluss Chinas – autoritäre Herrschaft neue Bestätigung zu finden. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Ausübung autoritärer Herrschaft wie auch die politische Herrschaft in Afrika insgesamt gravierend gewandelt haben.

2. Regimeentwicklung

Zur vergleichenden Beschreibung der internationalen Regimeentwicklung wird im Allgemeinen der *Freedom House Index* herangezogen, der politische Systeme seit 1973 mit denselben Kategorien bewertet. Der Index teilt die politischen Regime dieser Welt in „frei“, „teilweise frei“ und „nicht frei“ ein. Dabei bezieht er sich auf die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in jedem Land. Die „freien“ Regime können als liberale Demokratien, die „teilweise freien“ als hybride Regime (zwischen autoritär und demokratisch) und die „nicht freien“ als autoritäre Regime angesehen werden. Daneben führte der Index 2003 einen als „elektorale Demokratie“ bezeichneten Regimetypus ein. Damit werden alle Regime bezeichnet, in denen regelmäßig wettbewerbliche Wahlen mit verschiedenen Parteien ohne „massiven Wahlbetrug“ stattfinden, deren Ergebnis als repräsentativ für den Wählerwillen angesehen werden kann. Dies schließt einige als „teilweise frei“ eingestufte Regime unter „elektorale Demokratien“ ein, die keinesfalls als liberale Demokratien zu verstehen sind.

Werden nun die Kriterien von *Freedom House* zugrunde gelegt, so ist die Zahl der autoritären Regime seit Mitte der 1980er Jahre in Afrika sehr deutlich zurückgegangen; sie hat sich von 31 auf 14 mehr als halbiert. Im selben Zeitraum hat die Zahl der hybriden Regime zugenommen, von 13 auf 23, und die Zahl der liberalen Demokratien hat sich von zwei auf elf vervielfacht (siehe Tabelle 1).¹

Tabelle 1: Unabhängige Regime in Afrika 1985-2007

	Nicht frei	Teilweise frei	Frei
1985*	31	13	2
1990**	28	15	4
1995	20	19	9
2000	15	24	9
2005	14	23	11
2007	14	23	11

* ohne Eritrea und Namibia.

** ohne Eritrea.

Quelle: Freedom House 2008.

Von Bedeutung für die nicht unproblematische konzeptionelle Abgrenzung autoritärer von hybriden Regimen (die teilweise auch als autoritär oder als defekte Demokratien klassifiziert werden) ist, dass im *Freedom House Index* von den 23 hybriden Regimen („teilweise frei“) 14 als „elektorale Demokratien“ angesehen werden. Dies verdeutlicht, dass sich hinter dem Etikett „hybrid“ ein breites Spektrum sehr unterschiedlicher politischer Herrschaftsausübung verbirgt.

Dieser Überblick legt die Schlussfolgerung nahe, dass auch die *Unterstützung* autoritärer Herrschaft in Afrikas Bevölkerung deutlich zurückgegangen sein müsste. Ob dies tatsächlich so ist, lässt sich nur schwer nachweisen, da aus früheren Zeiten keine Ergebnisse politischer Meinungsbefragungen vorliegen, die einen Vergleich ermöglichen würden. Autoritäre Regime zeichnen sich in der Regel gerade dadurch aus, dass sie weder freie Wahlen noch eine unabhängige Befragung ihrer Bürger erlauben. Jüngere Umfragen seit Ende der 1990er Jahre in insgesamt zwölf Ländern durch das *Afrobarometer* lassen jedoch erkennen, dass die Mehrheit der Befragten autoritäre Herrschaftsformen klar ablehnt (siehe Tabelle 2). Auffällig ist dabei, dass neben der Militärdiktatur auch das Einparteieregime, das besonders in Afrika lange Zeit verbreitet war und dem einst (ohne solide empirische Grundlage) hohe „Legitimität“ zugesprochen wurde, von mindestens zwei Dritteln der Befragten eindeutig abgelehnt wird.

Diese Umfragen konnten allerdings nicht in autoritären, sondern nur in demokratisch und hybrid regierten Staaten durchgeführt werden. Bemerkenswert sind dabei vor allem die Umfrageergebnisse aus Simbabwe, das sich 2004 bereits deutlich auf dem Weg in den Autoritarismus befand. Aufgrund der anhaltenden Krise, der polarisierten Auseinan-

1 Zur Entwicklung demokratischer Herrschaft in Afrika vgl.

Erdmann 2007.

dersetzung zwischen Regierungs- und Oppositionspartei, fortgesetzter Einschüchterung auf dem Lande und verstärkter Regierungspropaganda war die Präferenz für Demokratie zwar von 71 % (1999) auf nur noch 48 % gesunken – so gering wie in keinem anderen afrikanischen Land. Aber die Ablehnung einer autoritären Herrschaft war längst nicht im gleichen Maße zurückgegangen, lediglich zur Einpartei-herrschaft war sie um 14 % auf 58 % (2004) gesunken. Damit lehnte auch hier noch immer über die Hälfte der Befragten diese Herrschaftsform ab. Zweifellos waren die Umfrageergebnisse durch das repressive politische Klima 2004 bereits negativ beeinflusst: Fast ein Viertel der Befragten gab keine eindeutige Antwort („weiß nicht“/„verstehe ich nicht“) auf die Frage nach der Unterstützung für Demokratie – 1999 waren es nur 5 % gewesen (Chikwanha/Sithole/Bratton 2004: 14f.).

Tabelle 2: Umfrageergebnisse zu autoritärer Herrschaft in 12 afrikanischen Ländern 1999-2005 (in %)

	Um 2000	Um 2002	Um 2005
Ablehnung von Militärrherrschaft	82	78	73
Ablehnung der Herrschaft einer Partei	69	66	70
Ablehnung der Herrschaft einer Person	80	78	78
Unterstützung für Demokratie	69	62	61
Zufriedenheit mit Demokratie	58	52	46

Quelle: Bratton 2007: 102.

3. Autoritäre Regimetypen

Wie bereits angedeutet, hat sich die Form der autoritären Herrschaft in Afrika über die Zeit verändert. Bis 1989 dominierten Militärdiktaturen und Einparteieregime. Außerdem gab es bis zum erfolgreichen Befreiungskampf in Simbabwe (bis 1980 Rhodesien), Namibia und Südafrika drei weiße Minderheitsregime, die auch als „Siedleroligarchien“ bezeichnet werden (Bratton/van de Walle 1997). Seither hat sich das Bild deutlich gewandelt und differenziert.

Von den einstmals über 30 autoritären Regimen (*Freedom House*: „unfrei“) sind nur noch 13 übrig geblieben (siehe Tabelle 1). Abgesehen von den üblichen Repressionsinstrumenten versucht ein Teil der gegenwärtigen Regimetypen die Herrschaft mit

anderen Mitteln zu sichern als damals. Zur Unterscheidung dieser verschiedenen Regime und ihrer Herrschaftsinstrumente wird hier auf die Typologie von Hadenius und Teorell (2006; 2007) zurückgegriffen; berücksichtigt werden nur die im *Freedom House Index* für 2007 als „unfrei“ klassifizierten Regime: Angola, Äquatorial-Guinea, Côte d’Ivoire, Eritrea, Guinea, Kamerun, Kongo, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Simbabwe, Somalia, Sudan, Swasiland und Tschad.

Hadenius und Teorell unterscheiden fünf Typen autoritärer Herrschaft: 1) Monarchien, 2) Militärregime, 3) Nichtparteieregime, 4) Einparteieregime und 5) Mehrparteienregime. Von besonderer Bedeutung sind die drei Typen, in denen Wahlen stattfinden, die jedoch (in aller Regel) weder frei noch fair sind:

1. Nichtparteieregime, die zwar Wahlen erlauben, aber keine politischen Parteien.
2. Einparteieregime, die lediglich der herrschenden Partei die Wahlteilnahme gestatten.
3. Mehrparteienregime, in denen mehrere Parteien oder zumindest einige von der Regierungspartei unabhängige Kandidaten an Wahlen teilnehmen dürfen. In so genannten dominanten Mehrparteienregimen² hat dabei die herrschende Partei mehr als zwei Drittel der Wählerstimmen gewonnen.

Die Zuordnung der 13 autoritären oder „unfreien“ Staaten zu den fünf Regimetypen von Hadenius und Teorell macht den Trend zum autoritären Mehrparteiensystem auf dem afrikanischen Kontinent deutlich (siehe Tabelle 3).

Mit Eritrea besteht nur noch ein Militärregime in Afrika (obwohl einige andere Regime auch eine Vergangenheit als Militärregime haben); Swasiland stellt mit seiner seit der Unabhängigkeit im Jahr 1968 fortbestehenden Monarchie einen Einzelfall dar, und Somalia fällt wegen bürgerkriegsähnlicher Zustände aus den Kategorien autoritärer Herrschaft heraus. Sudans *Comprehensive Peace Agreement* aus dem Jahr 2005 schließlich soll die Transition des politischen Systems regeln; Wahlen sind für 2009 vorgesehen.

Folglich haben gegenwärtig 11 der 13 autoritären Regime in Afrika (ohne Somalia) versucht, ihre Herrschaft durch beschränkte Mehrparteienwahlen legitimatorisch abzusichern. Teilweise liegen die letzten Wahlen allerdings bis zu 16 Jahre zurück, wie etwa in Angola (wo für diesen September wieder Wahlen

² Diese autoritär-dominanten Mehrparteienregime sollten nicht mit G. Sartoris (1976) „dominanten Parteisystemen“ verwechselt werden, in denen eine Partei durch demokratische Wahlen über die absolute Mehrheit der Parlamentssitze verfügt.

angekündigt sind). Diese nun vorherrschende Form der Diktatur wird auch als „elektoraler Autoritarismus“ (Schedler 2006) bezeichnet.³ Aber auch hier zeigen sich Unterschiede: Von den elf autoritären Mehrparteienregimen in Afrika können nur fünf als dominante Parteienregime bezeichnet werden, in denen die herrschende Partei mehr als zwei Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigt.

Tabelle 3: Autoritäre Regime in Afrika 2008

Typus	Länder	
Monarchie	Swasiland	1
Militärregime	Eritrea*	1
Nichtparteiregime	-	
Einparteiregime	-	
Mehrparteienregime	Angola Äquatorial-Guinea** Côte d'Ivoire Guinea** Kamerun** Kongo** DR Kongo Ruanda** Simbabwe Tschad	11
Andere	Somalia (Bürgerkrieg)*** Sudan (Transitionsregime)	1

* Eritrea fällt unter den Subtyp „Rebellenregime“ (Militärregime, in dem eine Rebellenbewegung die Macht übernommen hat und noch kein neuer Regimetyyp geschaffen wurde).

** Dominante Mehrparteienregime (Subtyp des autoritären Mehrparteienregimes, in dem die herrschende Partei mehr als zwei Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigt); bei Äquatorial-Guinea, Guinea, Kongo und Ruanda sind die der Regierungspartei assoziierten Parteien eingerechnet.

*** Somalia fällt aus der Typologie autoritärer Regime heraus.

Quelle: Eingruppierung auf der Grundlage der Typologie von Hadenius/Teorell 2006.

4. Stützen autoritärer Regime

Prinzipiell stehen autoritären Regimen in Afrika, wie auf anderen Kontinenten auch, verschiedene Mittel der Herrschaftssicherung zur Verfügung. Zentrale Stütze ist zumeist ein breit gefächertes Repressionsapparat, der die Armee, eine brutal agierende

Polizei, die Geheimpolizei, Spitzelnetzwerke, paramilitärische Schlägertrupps, eine willfährige Justiz und Staatsverwaltung umfasst wie auch staatlich kontrollierte Medien, die für Indoktrination, Falschinformation und Propaganda sorgen. Das Resultat sind Unsicherheit, Angst und Einschüchterung. Die Bedeutung eines solchen Repressionsapparates ist erst kürzlich wieder im Umfeld der simbabwischen Präsidentschaftswahl deutlich geworden, als der überraschende Wahlerfolg der Opposition im März bis zur folgenden Stichwahl am 27. Juni systematisch „zerschlagen“ wurde. Kaum kalkulierbare Repression ist jedoch nicht das einzige Instrument autoritärer Herrschaftsstabilisierung. Mit Patronage und Klientelismus stehen andere, „weiche“ Strategien zur Verfügung. In aller Regel versuchen autoritäre Regime darüber hinaus, ihre Legitimität auch durch eine Ideologie, das persönliche Charisma des Herrschers oder den Verweis auf historische Verdienste zu erhöhen.

In Afrika war die Einparteidoktrin bis 1989 sowohl für westlich als auch für sozialistisch orientierte Regime die vorherrschende Ideologie. Der von Tansanias erstem Präsidenten Julius Nyerere geprägte „Ujamaa“-Sozialismus war ein prominenter Versuch, den Sozialismus zu adaptieren und die Einparteierrschaft in Afrika zu begründen.

Vor allem konnten sich viele ehemalige Befreiungsbewegungen auf ihre Verdienste im Unabhängigkeitskampf berufen – besonders wenn er militärisch geführt wurde – und wurden tatsächlich oftmals nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft von einer Welle der Euphorie getragen. Bis heute bildet das angenommene „historische Mandat“ der ZANU-PF den zentralen Bezugspunkt des ehemaligen Freiheitskämpfers Robert Mugabe in Simbabwe – und auch für viele andere afrikanische Staatschefs. Die Zustimmung der Bevölkerung zum *African National Congress* (ANC) in Südafrika, der erst 1994 die Apartheid überwinden konnte, zeigt, wie machtvoll die Legitimität durch den Befreiungskampf ist. Im demokratischen System Südafrikas konnte die Regierungspartei in der vergangenen Wahl im Jahr 2004 über zwei Drittel der Wählerstimmen gewinnen.

Im Gegensatz dazu sind in vielen anderen Ländern Afrikas die Verdienste des Unabhängigkeitskampfes, der oft 40 bis 50 Jahre zurückliegt, längst verblasst. Die dritte Demokratisierungswelle spülte viele der aus den Befreiungsbewegungen hervorgegangenen Parteien aus dem Amt. Zudem ist mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ein wichtiger Bezugspunkt der Einpartei-Ideologie verschwunden. Offensichtlich ist das ideologische Fundament auto-

³ Das Konzept unterscheidet sich vom „kompetitiven Autoritarismus“ (Levitsky/Way 2002; 2007), insofern letzterer als ein Subtyp hybrider Regime bestimmt ist; im kompetitiven Autoritarismus werden demokratische Spielregeln nur insoweit verletzt, als dadurch ungleiche Wettbewerbschancen zwischen Regierung und Opposition geschaffen werden. Hingegen sind im elektoralen Autoritarismus staatliche Wahlmanipulationen weit verbreitet und systematisch; Pluralismus, Wettbewerb und „Offenheit“ werden nur minimal gewährt.

ritärer Regime im subsaharischen Afrika schwächer geworden.

Schließlich stellt die in der Forschung verbreitete so genannte Rentierstaatshypothese eine Verbindung zwischen dem nationalem Reichtum an natürlichen Ressourcen (Erdöl, Edelmetalle, Diamanten etc.) und dem Überleben autoritärer Regime her. Demnach tragen die Einnahmen aus Ressourcenvorkommen maßgeblich dazu bei, die staatlichen Sicherheitsapparate und ausgedehnten Patronagenetzwerke zu finanzieren und so mögliche Regimegegner zu „kaufen“.

Mit wachsenden Rohstoffpreisen und dem massiven Auftreten Chinas in Afrika rückt die Bedeutung staatlicher Ressourceneinkommen für die Stabilität autoritärer Regime in Afrika immer stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Große Teile der bekannten Weltvorkommen strategisch bedeutender Rohstoffe befinden sich auf dem afrikanischen Kontinent. Metalle und andere Mineralien, Erdöl und Erdgas sowie zahlreiche nicht oder wenig verarbeitete Agrarprodukte machen nach Angaben der Welthandelsorganisation rund zwei Drittel der afrikanischen Exporte aus. Tatsächlich verfügen 10 der 13 als autoritär klassifizierten Regime in Afrika über erhebliche Bodenschätze. Es scheint, dass diese ressourcenreichen Staaten unter dem autoritären „Ressourcenfluch“ leiden. So haben erst kürzlich Jensen und Wantchekon (2008) behauptet, dass das „Übermaß“ an Ressourcen über die Art der politischen Herrschaft in Afrika entscheide. Bodenschätze verringerten massiv die Wahrscheinlichkeit demokratischer Transitionen und die Erfolgsaussichten der Konsolidierung. Demokratische Reformen seien deswegen nur in ressourcenarmen Staaten wie Benin, Mali oder Madagaskar erfolgreich.

Diese Generalisierungen sind allerdings aus methodischen Gründen mit Vorsicht zu genießen: In der Regel wird lediglich das staatliche Einkommen durch Bodenschätze erfasst, es wird aber unterlassen, dies in Beziehung zur Bevölkerungszahl zu setzen. Somit werden keine Aussagen darüber getroffen, wie hoch die Ressourceneinnahmen sind, die autoritären Regimen relativ zur Bevölkerungszahl zur Verfügung stehen. Beispielsweise ist das Pro-Kopf-Einkommen durch Erdölvorkommen im winzigen Äquatorial-Guinea mit rund 500.000 Einwohnern um ein Vielfaches höher als in Nigeria, das mit über 140 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land des subsaharischen Afrika (Basedau/Lay 2008). Dies bedeutet, dass für die Herrscher in Äquatorial-Guinea ungleich viel mehr Ressourcen pro Kopf – sei es zu Patronagezwecken, um die Opposition zu „kaufen“,

sei es für den Repressionsapparat – zur Sicherung ihrer Herrschaft zur Verfügung stehen als in Nigeria.

Zweifellos stellen Ressourceneinkommen einen bedeutenden Faktor des Überlebens autoritärer Regime dar. Gestiegene Weltmarktpreise für Bodenschätze erhöhen somit prinzipiell die Stabilität rohstoffreicher Diktaturen. Allerdings relativiert sich die Bedeutung des Ressourcenreichtums im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zu anderen Einkünften. Schließlich ist darauf zu verweisen, dass sich autoritäre Herrschaft in Afrika nicht auf ressourcenreiche Staaten Afrikas beschränkt – und damit auch andere Faktoren eine Rolle spielen.

Dazu gehören neopatrimoniale Herrschaftsstrukturen, die in weiten Teilen Afrikas etabliert sind. Mit dem Konzept des Neopatrimonialismus wird unterstellt, dass autoritäre (und hybride) Regime ihre Herrschaft durch eine Mischform personalisierter und bürokratiegestützter Herrschaftsstrukturen absichern (Erdmann/Engel 2007; von Soest 2007). Kennzeichnend für neopatrimoniale Herrschaftsausübung sind Machtkonzentration in den Händen der herrschenden Elite oder des „big man“ an der Staatsspitze, das Verteilen persönlicher Gefälligkeiten und weitverbreitete Korruption. Der Staat wird so zum persönlichen Vorteil der Herrschenden und ihrer Anhänger genutzt. Die Konsequenz sind fehlende Rechtssicherheit und eine schwache staatliche Verwaltung, die wiederum autoritären Herrschern die willkürliche Ausübung ihrer Macht erleichtern. Ressourcenreichtum und darauf basierende Renteneinkommen unterstützen den Neopatrimonialismus, sind aber längst keine Voraussetzung dafür.

Allgemein haben sich die Bedingungen für neopatrimoniale Herrschaftsausübung als Pfeiler autoritärer Regime in Afrika verschlechtert: Zum einen drängen die für viele hochverschuldeten Staaten wichtigen Entwicklungshilfegerber des „Westens“ verstärkt auf gute Regierungsführung, zum anderen hat sich die Transparenz und Kontrolle der Regierungen durch verstärkte zivilgesellschaftliche und parteipolitische Aktivitäten sowie durch die Medien erhöht. Schließlich ist auch die prinzipielle Systemunterstützung durch Großmächte wie im Kalten Krieg weggefallen – für die China nur teilweise als Ersatz auftritt. Nichtsdestoweniger zeigen verschiedene Studien die hohe Anpassungsfähigkeit und Dauerhaftigkeit von Neopatrimonialismus, der autoritären (und hybriden) Regimen dazu dient, Herrschaft auszuüben und zu stabilisieren.

5. Perspektiven autoritärer Herrschaft

Wie bei anderen sozialwissenschaftlichen Fragen, sind auch die Entwicklungsperspektiven autoritärer Herrschaft in Afrika nur schwer zu prognostizieren. Insofern ist auch hier nur eine plausibel begründete Spekulation möglich.

Aus der Vergangenheit wissen wir allerdings, dass Militärregime weltweit eine kürzere Bestandsdauer (durchschnittlich 11 Jahre) haben als Einparteieregime (18 Jahre); am stabilsten sind Monarchien. Die beiden erstgenannten Regimetypen spielen in Afrika jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle, und lediglich Swaziland ist eine Monarchie. Über die Stabilität oder Dauerhaftigkeit autoritärer Mehrparteieregime, die zum häufigsten autoritären Regimetypus Afrikas geworden sind, ist jedoch weit weniger bekannt. Offenkundig ist, dass nicht mehr allein Wahlen (wie einst in einigen Einparteieregimen), sondern auch die eingeschränkte Organisationsfreiheit für Parteien zu den beliebtesten Absicherungsstrategien autoritärer – auch hybrider – Herrschaft zählt.

Die legitimatorische Absicht der eingeschränkten Gewährung politischer Grundrechte kann sich leicht ins Gegenteil verkehren. Tatsächlich kann vermutet werden, dass die auch nur partielle Gewährung von Organisations- und Meinungsfreiheit zusammen mit Wettbewerb bereits die Keimzelle zu Destabilisierung, Liberalisierung und schließlich Demokratisierung in sich trägt (Schedler 2006; Levitsky/Way 2007). Denn auch nur teilweise gewährte politische Rechte ermöglichen der zivilgesellschaftlichen und parteipolitischen Opposition, Erfahrungen zu sammeln, was in anderen autoritären Regimen nicht möglich ist.

Für die zukünftige Stabilität wird die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit dieser Regime entscheidend sein. Autoritäre Regime sind für wirtschaftliche Krisen weit anfälliger als Demokratien. Das heißt, dass die einzelnen autoritären Regime angesichts von Wirtschaftskrisen weit kürzere Überlebenschancen haben (Przeworski et al. 2000) – ohne dass sie zwangsläufig von einer Demokratie abgelöst werden müssen. Für Afrikas autoritäre Regime ist demnach von größter Bedeutung, wie sich ihre positiven Wachstumsraten, die in den vergangenen Jahren vor allem von gestiegenen Rohstoffpreisen getragen wurden, weiter entwickeln (Kappel/Müller 2007). Ein Zusammenbruch der Rohstoffpreiskonjunktur auf dem Weltmarkt – ausgelöst etwa durch eine anhaltende Krise in China – würde insbesondere die ressourcenreichen Staaten treffen, deren Renteneinkommen sich auf eine große Bevölkerung verteilt (geringes Renteneinkommen pro Kopf) – also vor

allem die autoritär regierten größeren Flächenstaaten wie Sudan und Angola.

Inwieweit China als neuer, überaus aktiver Akteur in Afrika nicht nur als Vorbild taugt, sondern – wie oft befürchtet – auch zu einer Stabilisierung autoritärer Herrschaft in Afrika beitragen kann, bleibt abzuwarten. China exportiert nicht aktiv sein „Modell“ wie einst die Sowjetunion oder der „Westen“ – indirekt kann es jedoch zum Vorbild genommen werden. Chinas Interessen und Investitionen konzentrieren sich auf die strategische Ressourcensicherung und damit vor allem auf die ressourcenreichen Staaten Afrikas.⁴ Diese verfügen jedoch durch die Renteneinkommen ohnehin über eigene Stabilisierungsmöglichkeiten. Die meisten anderen afrikanischen Staaten sind jedoch weiterhin in hohem Maße von westlicher Entwicklungszusammenarbeit abhängig, auch wenn sich hier China ebenfalls verstärkt als Alternative anbietet, ohne demokratische Spielregeln oder eine ordentliche Regierungsführung zu fordern.

Zugleich stehen den chinesischen auch westliche Rohstoffinteressen, vor allem der USA, gegenüber. Wie schon oft in der Vergangenheit werden dabei im Konkurrenz- und Konfliktfall voraussichtlich die „weichen“ Interessen an Demokratie und Menschenrechten den „harten“ Rohstoffinteressen geopfert. So unterhalten die USA beispielsweise enge Beziehungen zum rohstoffreichen und autoritär regierten Äquatorial-Guinea und pflegten auch in der Vergangenheit gute Beziehungen zu den nigerianischen Militärdiktatoren – ganz zu schweigen von der französischen Afrikapolitik, die solche Skrupel kaum kannte. Die konkurrierenden chinesischen und „westlichen“ Interessen werden nicht allen, aber solchen autoritären Regimen, die über strategisch wichtige Ressourcen verfügen, neuen Spielraum geben und zu ihrer Stabilisierung beitragen können. Nicht zu vergessen sind hierbei auch Indien und Japan, die sich beide bisher in der Kooperation mit Entwicklungsländern in Afrika ebenfalls nicht als idealistische Vorreiter für Demokratie und Menschenrechte exponiert haben.

Allerdings hat sich innerhalb Afrikas das regionale Umfeld für autoritäre Herrschaft im Zuge der „dritten Demokratisierungswelle“ klar gewandelt: Es ist gegenwärtig „antiautoritärer“ als je zuvor. Im Gegensatz zu Zeiten der *Organisation of African Union* (OAU) wurde die Anerkennung internationaler Normen von Demokratie und Menschenrechten deutlich

⁴ Chinas Entwicklungshilfe ist breiter gestreut und folgt auch politisch-strategischen Überlegungen (Äthiopien); nicht zinsgünstige Kredite und Großinvestitionen sind jedoch auf die ressourcenreichen Staaten konzentriert (Brautigam 2008).

gestärkt: Die *African Union* (AU), die *New Economic Partnership for Africa's Development* (NEPAD) mit ihrem *African-Peer-Review-Mechanismus* (so verwässert er auch sein mag) sowie Subregionalorganisationen wie die *Southern African Development Community* (SADC) und die *Economic Community of West African States* (ECOWAS) haben hierzu beigetragen. Die AU und die SADC haben in ihren Statuten sogar ein Interventionsrecht gegen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Mitgliedsstaaten verankert – eine Möglichkeit, die unter der OAU undenkbar war.

So wenig effektiv die SADC-Staaten mit Robert Mugabes Herrschaft in Simbabwe letztlich verfahren (darin unterscheiden sie sich kaum von der EU und deren Mitgliedern), so ist doch offensichtlich, dass es solche Auseinandersetzungen vor zwanzig Jahren gar nicht gegeben hat – auch wenn der kolportierte Streit zwischen den Staatshäuptern zunächst nur hinter den verschlossenen Konferenztüren von Dar es Salaam und Lusaka stattfand, die Kritik an Mugabe aber schließlich auch öffentlich wurde. Im südlichen Afrika, angeführt von Botswana und dem eher hybriden oder elektoral-demokratischen Sambia, wie auch in anderen Regionen artikulieren sich die eigenen Werteinteressen liberaler Demokratien immer offener. Sie haben sich im regionalen System Afrikas nicht nur als normatives Gegengewicht zur einstmals kaum hinterfragten Selbstverständlichkeit autoritärer Herrschaft etabliert.

Abschließend: Sind vermehrt Rückfälle in den Autoritarismus zu erwarten? So groß die Herausforderung durch das autoritäre Modell China erscheinen mag, von effektiver Bedeutung wird es wahrscheinlich nur für ressourcenreiche Staaten (bei anhaltender Preiskonjunktur für Rohstoffe) sein, an denen auch der „Westen“ strategisches Interesse hat. In Afrika selbst sind durch die gestiegene Zahl liberaler Demokratien und die Vormacht Südafrikas nicht nur auf normativer Ebene institutionelle Gegenkräfte gewachsen.

Im Hinblick auf die Dauer autoritärer Herrschaft zeichnet sich – abgesehen von kompromisslos repressiven Regimes wie etwa in Eritrea – ganz Ähnliches ab: Elektoraler Autoritarismus auf der Grundlage von Ressourcenreichtum, der mit einem hohen Renteneinkommen pro Kopf verbunden ist, wird wahrscheinlich die größte Stabilität haben. Ohne eigene Ressourcen oder ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum werden die verbreiteten elektoral-autoritären Regime Afrikas eher instabil bleiben.

Literatur

- Basedau, M./Lay, J. (2008): Resource Curse or Rentier Peace? The ambiguous effects of oil wealth and oil dependence on violent conflict, in: *Journal of Peace Research* (im Erscheinen).
- Bratton, M. (2007): Formal versus informal institutions in Africa, in: *Journal of Democracy*, 18, 3, S. 96-110.
- Bratton, M./Van de Walle, N. (1987): *Democratic Experiments in Africa. Regime Transitions in Comparative Perspective*, Cambridge, MA.
- Brautigam, D. (2008): *China's African Aid: Transatlantic Challenges*, The German Marshall Fund of the United States, Washington.
- Chikwanha, A./Sithole, T./Bratton, M. (2004): *The Power of Propaganda: Public Opinion in Zimbabwe, 2004*, Afrobarometer Working Paper Nr. 42.
- Freedom House (2008), www.freedomhouse.org.
- Hadenius, A./Teorell, J. (2006): *Authoritarian Regimes: Stability, Change and Pathways to Democracy, 1972-2003*, Kellogg Institute Working Paper 331, University of Notre Dame.
- Hadenius, A./Teorell, J. (2007): Pathways from Authoritarianism, in: *Journal of Democracy*, 18, 1, S. 143-153.
- Jensen, N./Wantchekon, L. (2008): *Resource Wealth and Political Regimes in Africa*, *Comparative Political Studies* (im Erscheinen).
- Kappel, R./Müller, M. (2007): *Breites Wirtschaftswachstum in Afrika – die große Wende?*, GIGA Focus Afrika, Nr. 6.
- Levitsky, S./Way, L. A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism, in *Journal of Democracy*, 13, 2, S. 51-65.
- Levitsky, S./Way, L. A. (2007): *Competitive Authoritarianism: International Linkage, Organizational Power, and the Fate of Hybrid Regimes* (Manuskript).
- Przeworski, A. / Alvarez, M. E. / Cheibub, J. A. / Limongi, F. (2000): *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, New York.
- Sartori, G. (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge, MA.
- Schedler, A. (Hg.) (2006): *Electoral Authoritarianism: Dynamics of Unfree Competition*, Boulder.

■ Die Autoren

Dr. Gero Erdmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien (IAA) und Leiter des GIGA-Büros Berlin.

E-Mail: giga-office@swp-berlin.org und erdmann@giga-hamburg.de

Website: <http://staff.giga-hamburg.de/erdmann>

Dr. Christian von Soest ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAA.

E-Mail: soest@giga-hamburg.de

Website: <http://staff.giga-hamburg.de/soest>

Die Autoren danken Sarah Heinlin und Florian Weisser für exzellente Unterstützung bei der Recherche.

■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Seit Ende 2007 befasst sich im Forschungsschwerpunkt 1 („Legitimität und Effizienz politischer Systeme“) eine Arbeitsgruppe mit autoritären Regimen. Daneben gibt es zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekte:

1. „Persistenz und Wandel von Neopatrimonialismus in verschiedenen Nicht-OECD-Regionen“ (Regionen übergreifend, seit Juni 2008).
2. „Systematischer Vergleich der Ursachen hybrider Regime in Afrika“ (IAA, von Januar 2009 an).

■ GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Erdmann, Gero (2003): Neopatrimoniale Herrschaft – oder: Warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt, in: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert (Hg.): *Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen, S. 323-342.

Erdmann, Gero (2007): Demokratie in Afrika, *GIGA Focus Afrika*, Nr. 10.

Erdmann, Gero / Engel, Ulf (2007): Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Studies*, 45, 1, S. 95-119.

Kappel, Robert/Müller, Marie (2007): Breites Wirtschaftswachstum in Afrika – die große Wende?, *GIGA Focus Afrika*, Nr. 6.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, *GIGA Focus Global* Nr. 6.

Soest, Christian von (2007): How Does Neopatrimonialism Affect the African State's Revenues? The Case of Tax Collection in Zambia, in: *Journal of Modern African Studies*, 45, 4, S. 621-645.

Soest, Christian von (2008): Die Zukunft der Afrikanischen Union: Vereinigte Staaten von Afrika oder Stärkung der Regionalorganisationen?, *GIGA Focus Afrika*, Nr. 4.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. *GIGA Focus Afrika* wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM